

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 2. Sitzung - öffentlicher Teil -

am Mittwoch, dem 13. Mai 2005, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

i. V. von Karsten Jasper

Ursula Sassen (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Annette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

i.V. von Olaf Schulze

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

i.V. von Dr. Heiner Garg

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des neuen Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dietrich Austermann, der Staatssekretärin für Wirtschaft und Verkehr, Karin Wiedemann, und des Staatssekretärs für Hochschulen und Wissenschaft, Jost de Jager	5
2. Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/18	
3. Bundesratsinitiative zur Änderung der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV)	12
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/28	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU Umdruck 15/	
4. Terminplanung	13
- Ausschusssitzungen - Informationsreise	
hierzu: Umdruck 16/16	
5. Verschiedenes	13

**Der folgende Punkt wird gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m.
§ 17 Abs. 2 GeschO nicht öffentlich und vertraulich beraten**

14

**6. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf der Strecke
Hamburg-Westerland (Netz West)**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/12 (vertraulich)

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung des neuen Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Dietrich Austermann, der Staatssekretärin für Wirtschaft und Verkehr, Karin Wiedemann, und des Staatssekretärs für Hochschulen und Wissenschaft, Jost de Jager

M Austermann stellt zunächst das Erfordernis heraus, die Wirtschaftslage im Land schnell zu verbessern. Nachdem der Bundesfinanzminister gestern auf der Grundlage vorläufiger Zahlen davon gesprochen habe, dass das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik wohl 1 % betragen werde, wolle er, M Austermann, darauf hinweisen, dass er befürchte, dass Schleswig-Holstein mit seiner mehr inlandsorientierten mittelständischen Wirtschaftsstruktur - ausgenommen seien hier die Werften und die Medizintechnik - diese positive Entwicklung beim wirtschaftlichen Wachstum wohl nicht mitmachen könne.

M Austermann fährt fort, es gelte die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, eine aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben, in der Technologiepolitik wie auch bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen ein großes Stück voranzukommen. Auch im Bereich der Verkehrsinfrastrukturpolitik gehe es darum, Vorhaben zu beschleunigen. Dabei habe es den Anschein, dass manche Maßnahme deshalb schneller in Angriff genommen werden könne, weil die Bundesregierung nunmehr durch ein zusätzliches Programm, das zum Teil Lücken der vergangenen Jahre füllen könne, auch zusätzliche Mittel für die B 207 bei Lübeck sowie für die Elektrifizierung der Bahn zur Verfügung stellen könne. Aber es sei zu betonen, in beiden Fällen sei noch nichts entschieden, denn es gebe bisher keine Finanzierungsvereinbarungen.

Des Weiteren werde man sich bemühen, durch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Häfen zu Verbesserungen zu kommen. Auch beim Tourismus müssten neue Überlegungen umgesetzt werden, weil das Land beim Tourismus eben zu kleinteilig aufgestellt sei. Hierbei gehe es zum Beispiel um zentrale Werbung und anderes. Die Landesregierung wolle zudem mehr für erneuerbare Energien tun, aber es müsse auch darauf geachtet werden, dass ein Energiemix sicherstelle, dass die Strompreise bezahlbar blieben.

Bezüglich „Werbung für das Land“ müsse einiges geändert werden, weil die Werbung bisher zu sehr nach innen gerichtet gewesen sei. Wenn der Versuch erfolgreich sein solle, neue Betriebe in Schleswig-Holstein anzusiedeln, wenn es das Ziel sei, mehr Firmen aus dem Ausland ins Land zu holen, sei es wichtig, nach außen hin auf freie Gewerbeflächen, auf gute infrastrukturelle Ausstattung bei den Gewerbeflächen, auf Förderbedingungen, auf günstige Voraussetzungen für Freizeitaktivitäten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werbend hinzuweisen.

Sodann greift M Austermann aus der Koalitionsvereinbarung die Absicht eines gemeinsamen Flughafenkonzepts von Schleswig-Holstein und Hamburg auf. Dabei gehe es um die Frage, wie sich die Flughäfen entwickelten, die bereits existierten, ob man neue Flughäfen brauche oder ob es hier zu Veränderungen kommen müsse. Er hoffe, dass man dieses Flughafenkonzept bis zum September d.J. vorlegen könne. Parallel dazu liefen andere Bemühungen an anderer Stelle wie zum Beispiel beim Flughafen Kiel. Bekanntlich strebe die Ratsversammlung in Kiel in ihrer Mehrheit eine Erweiterung des Flughafens an, aber ein Teil in der Koalition im Kieler Rathaus sei gegen die Erweiterung. Solange ein vernünftiges Konzept hierzu nicht vorliege, halte er, M Austermann, beides für denkbar. Er persönlich glaube nicht, dass man hier eine Wiederholung der Situation wie in Lübeck haben werde, dass man zu einem Charterflugverkehr komme. Aber hier müsse zunächst das in Rede stehende Gutachten abgewartet werden. Parallel dazu müssten die Schritte unternommen werden, die nötig seien, falls der Flughafen in Kiel erweitert werden solle, um nicht die Chance auf die Mittelgewährung aus der Gemeinschaftsaufgabe zu verlieren, die für dieses Vorhaben reserviert seien.

Sodann berichtet M Austermann über ein Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium, das er vor zwei Tagen über die Wettbewerbshilfe für die Werften geführt habe. Hier habe man im vergangenen Jahr Mittel vom Bund angeboten bekommen, die vom Land jedoch nicht voll ausgeschöpft worden seien. Auch in 2005 gebe es die Möglichkeit, Mittel im Rahmen der Werftenhilfe in Anspruch zu nehmen. Bestreben des Landes sei es, hier möglichst viele Mittel auszufinanzieren. Eine Entscheidung des Bundesfinanzministers darüber, ob Mittel, die Schleswig-Holstein im letzten Jahr nicht in Anspruch genommen habe, jetzt noch fließen könnten, sei jedoch noch nicht gefallen.

Besonders liege ihm, M Austermann, daran, in der nächsten Zeit die Rahmenbedingungen so weit zu verändern, dass Firmen, die heute Probleme bei der Kapitalgewinnung hätten, in die Lage versetzt werden könnten, dieses Kapitel zu erhalten. Ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik werde es sein, kleine und mittlere Firmen, die Schwierigkeiten bei der Kreditversorgung hätten, durch zusätzliche Maßnahmen wie vor allen Dingen Bürgschaften des Landes zu unterstützen. Dabei könne es nicht darum gehen, in jedem Fall „Bargeld in die Hand“ zu

nehmen - er, M Austermann, sage dies auch vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage des Landes -, aber man wolle zusammen mit der KfW und der Initiative Finanzplatz Deutschland neue Angebote an die schleswig-holsteinischen Betriebe machen, Kapitel aufnehmen zu können. Des Weiteren wolle man mehr PPP-Modelle fördern, man wolle helfen, die Eigenkapitalausstattung durch bestimmte Kredite zu verbessern.

Abschließend nimmt M Austermann zu dem Neuzuschnitt seines Hauses Stellung. Die Kombination Wissenschaft und Wirtschaft sei sicherlich in Deutschland einmalig. Dieser Zuschnitt gebe eine große Chance, gewissermaßen über eine Kette von der Wissenschaft, auch einschließlich der Grundlagenforschung und angewandter Forschung, über Technologietransfer zum konkreten Produkt zu kommen. Eine der ersten Anstrengungen werde es deshalb sein, neue Ideen aus der Wissenschaft mit der Wirtschaft zusammenzubringen, um zu sehen, welcher Gewinn sich für die weitere Entwicklung Schleswig-Holsteins hieraus ergeben könne.

Im Anschluss an diese Ausführungen stellen sich kurz St'in Wiedemann und St de Jager dem Ausschuss vor.

In der Aussprache fragt zunächst Abg. Harms zum Flughafen Kiel-Holtenau, ob er die einleitenden Bemerkungen von M Austermann so interpretieren könne, dass der Minister einen Charterflugverkehr in Zukunft durchaus in Kauf nehmen würde. Darüber hinaus möchte er wissen, ob die Absicht bestehe, den Kostendeckel, den sich das Land hier selber gesetzt habe, zu überschreiten, und ob es für den Fall, dass es nicht zu einem Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau kommen würde, Möglichkeiten gebe, noch genügend Projekte für eine Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe vorzuhalten oder ob diese Mittel dann endgültig verfielen.

M Austermann erwidert, dass er in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht habe, dass er der Auffassung sei, dass dem Gutachter zum Flughafen nichts vorgeschrieben werden solle. Er persönlich sehe wenig Chancen, dass jemand mit Blick auf den Flughafen Kiel-Holtenau auf die Idee kommen könne, Charterverkehr anzubieten. - Zum Kostendeckel sei zu sagen, dass er davon ausgehe, dass das Land eine Grenze habe, die nicht überschritten werden solle. Entscheidungen zum Flughafen Kiel-Holtenau würden erst nach Vorliegen des Gutachtens getroffen werden. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe seien gegeben und sie könnten unabhängig von der Frage ausgegeben werden, wie sich der Haushalt entwickle. In den die Koalition vorbereitenden Gesprächen habe man gesagt, dass man zum Beispiel dem Hafen Husum die Chancen geben wolle, die ihm auch vor der Wahl eingeräumt worden seien. Bezüglich der Frage „Schienenflieger“ oder „Flughafenbus“ sei er, M Austermann, sehr dafür, die Anbindung an den Flughafen Hamburg so zu verbessern, dass es attraktiv werde, auch über die Schiene nach Fuhlsbüttel zu gelangen. In den nächsten Tagen werde er auch Gesprä-

che mit dem Hamburger Senator für Wirtschaft und Verkehr führen, ob es für derartige Konzepte auch die Unterstützung Hamburg geben könne. Diese Maßnahme müsse dann in das gemeinsame Flughafenkonzept einfließen, wozu ja auch die optimale Anbindung gehöre.

Abg. Müller spricht den Schleswig-Holstein-Fonds an, der bis 2010 mit etwa 1 Milliarde € dotiert werden solle, die hauptsächlich durch Umschichtungen zu erwirtschaften seien. Er erkundigt sich nach der „Philosophie“ dieses Fonds und fragt, an welche Positionen bei den Umschichtungen in dieser Größenordnung gedacht sei. - Zum Flughafen Kiel-Holtenau möchte Abg. Müller sodann wissen, ob es ein bestimmtes Datum gebe, bis wann die diesbezüglich ausstehenden Entscheidungen getroffen werden müssten, um gegebenenfalls auch Förderalternativen finanziell bedenken zu können. - Des Weiteren fragt er nach den Vorstellungen der Landesregierung zum Hafen Husum sowie zur Fortführung von Ausschreibungsverfahren bei regionalen Bahnstrecken.

M Austermann führt zunächst mit Blick auf den Schleswig-Holstein-Fonds zu den Umschichtungen aus, dass es das Ziel sein müsse, mit Mitteln aus den 4er-, 5er- und 6er-Titeln die 8er-Titel zu verstärken, also von den konsumtiven Ausgaben hin zu den Investitionen zu kommen. Ob es in diesem Jahr gelingen werde, 100 Millionen € auf diesem Weg umzuschichten, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Er glaube aber, dass dann, wenn der Finanzminister der vorherigen Landesregierung zum 1. Januar 2005 eine Haushaltssperre verhängt hätte, die Chancen hierfür vergrößert worden wären. Jedes Ministerium sei aufgefordert zu überlegen, wo im konsumtiven Bereich gespart werden könne. Das Innovationsprogramm sehe vor, solche Dinge zu fördern, die für das Land eine nachhaltige infrastrukturelle Verbesserung bedeuteten. Hier habe der Wirtschaftsminister die Federführung. Zurzeit sei man dabei, dafür ein Konzept aufzustellen, das zum Nachtragshaushalt vorliegen müsse, weil dann auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen seien. Beispiele seien eine nachhaltige Forschungsförderung, eine nachhaltige Infrastrukturförderung. So könne er, M Austermann, es sich vorstellen, dass es sich hier um das Programm XFel bei DESY im Hamburger Randgebiet, um ein Programm zur Verbesserung der Situation der Bahnhöfe in Schleswig-Holstein oder um Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus handeln könne. Es gehe darum, in der Forschung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Infrastruktur zu nachhaltigen Verbesserungen zu kommen.

Zum Flughafen Kiel-Holtenau erklärt M Austermann, dass er hoffe, dass spätestens Anfang Oktober d.J. klar sei, wohin der Weg gehen solle. Danach müsse entschieden werden. Die Mittel, die nach heutiger Lesart maximal bis 2006 aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehen würden, könnten dann für den Flughafen oder gegebenenfalls woanders sinnvoll eingesetzt werden. - Bezüglich des Hafens Husum und in dem Zusammenhang mit dem Hafen

Brunsbüttel gehe er weiterhin von einer Arbeitsteilung aus. Beide Häfen würden ihre Rolle im Off-Shore-Bereich spielen: Husum beim Service, Brunsbüttel bei Lieferung, Montage und ähnlichem. - Was die Ausschreibung von Regionalstrecken, die Privatisierung in einem bestimmten Teil des Verkehrs angehe, habe das Land sicherlich eine beispielhafte Position im Wettbewerb erreicht. Es gebe wohl in keinem anderen Bundesland die Situation, dass 50 % eines bestimmten Verkehrsbereichs an Privatfirmen vergeben worden seien. Dieser Erfolg sei zum Teil aber wohl auch um den Preis erfolgt, dass man mit der Bahn, die nach wie vor im Bundeseigentum sei und somit eine besondere Verpflichtung für die öffentliche Hand umschreibe, in manchen Fällen nicht freundlich genug umgegangen sei. Man müsse sich schon überlegen, ob es wirtschaftlich Sinn mache, das Ausbesserungswerk der Bahn in Neumünster deutlich herunterzufahren, die Zahl der Beschäftigten, die dort nach bestimmten Tarifen entlohnt würden, abzubauen und dafür in Husum ein neues, kleines Ausbesserungswerk zu bauen, bei dem die Beschäftigten dann anders bezahlt würden. Er, M Austermann, werde sich die Sachlage, was die Ausschreibung, die demnächst wohl für den östlichen Teil des Landes anstehe, angehe, genau ansehen. Er könne heute nicht sagen, dass hier in jedem Fall so weitergemacht werde wie bisher.

Abg. Schröder begrüßt es, dass das Thema Flughafen Kiel-Holtenau nicht politisch entschieden werde, sondern dass auf der Basis von Gutachten im nächsten halben Jahr nach der Phase II entschieden werde, ob eine Erweiterung des Flughafens wirtschaftlich sei oder nicht. - Zur Schienenanbindung bezüglich des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel weist Abg. Schröder sodann darauf hin, dass der Landtag bereits Ende der 90er-Jahre dazu übereinstimmende Beschlüsse gefasst habe, dass eine solche Anbindung realisiert werden solle. Aus Kostengründen sei dieser Plan dann aber wieder etwas aus der Diskussion verschwunden, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil dabei das Planungshoheitsgebiet von Hamburg mitberücksichtigt werden müsse. PRO BAHN habe dann ein durchaus diskutables Konzept vorgelegt, zu dem es aktuell ebenfalls eine einvernehmliche Meinung des Landtages gebe, dies zu verfolgen. Aber dabei sei eben zu sehen, dass man bei einer Realisierung dieser Anbindung rund eine halbe Milliarde Euro in die Hand nehmen müsse. Hinzu komme, dass dafür bisher weder im Schienenbereich noch im Bundesverkehrswegeplan Mittel vorgesehen seien. Es handle sich zwar um ein lohnendes und wünschenswertes Ziel, aber dass diese Verbindung so schnell realisiert werden könne, sehe er, Abg. Schröder, nicht. Insofern handle es sich nicht um eine politische Alternative mit Blick auf Kiel-Holtenau. - Zu der Aussage von M Austermann, dass die Bahn AG bei den Ausschreibungen des Regionalnetzes in den vergangenen Jahren das ein oder andere Mal „unfreundlich“ behandelt worden sei, wolle er, Abg. Schröder, nur darauf hinweisen, dass die Bahn bei manchen Ausschreibungen - jedenfalls zu Beginn dieser Ausschreibungsszenarien - gar nicht begriffen habe, was Sinn und Zweck einer Ausschreibung sei. Den auch im Wirtschaftsministerium vorliegenden Unterlagen könne M Austermann ent-

nehmen, dass die Bahn zum Teil das Fünf- bis Zehnfache der Kilometerpreise angeboten habe, die Mitbewerber genannt hätten. Insofern habe es gar keinen Spielraum gegeben, hier andere Entscheidungen, als sie letztlich getroffen wurden, herbeizuführen. Richtig sei, dass in der Folge dieser Entwicklung dann bei der Bahn nicht die Bereitschaft bestanden habe, vor allem das Ausbesserungswerk in Neumünster aufrechtzuerhalten beziehungsweise auszubauen. Sicherlich sei es dann auch schwer zu vermitteln, wenn ein neuer Mitbewerber in Husum ein neues Werk baue. Volkswirtschaftlich betrachtet sei dies sicherlich problematisch. „Atmosphärisch“ müsse hier insoweit sicherlich etwas getan werden und das Anliegen aller politischen Kräfte im Landtag müsse es sein, das vorrangige Projekt der Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck-Travemünde in einem absehbaren Zeitraum realisiert zu bekommen.

Abg. Sassen erklärt, dass man bei Gesprächen mit der Bahn AG auch nicht vergessen dürfe, dass dieses Unternehmen durch seinen hohen Personalbestand ganz andere Wettbewerbsbedingungen habe als „kleinere“ Mitbewerber.

Die konkreten Nachfragen von Abg. Harms, ob die Zusage zum Ausbau des Hafens Husum bestehen bleibe und ob Firmen, die sich von außen her kommend in Schleswig-Holstein ansiedeln wollten, wieder mit einzelbetrieblicher Förderung rechnen könnten, werden von M Austermann bejaht.

M Austermann bestätigt sodann noch einmal - auf eine Nachfrage von Abg. Müller -, dass der Schleswig-Holstein-Fonds durch Umschichtungen finanziert werden solle. Dabei wolle er, M Austermann, nur noch einmal darauf hinweisen, dass alle Ausgaben aus der Kasse des Landes zu leisten seien und diese werde in diesem Jahr rund 1,5 Milliarden € neue Schulden machen. Er werde versuchen, die Investitionen, die getätigt würden, durch Kürzungen an anderer Stelle deutlich zu machen. Normalerweise müssten die Kürzungen mit Blick auf die Haushaltslage des Landes sowieso erfolgen. Deswegen könne man jetzt nicht sagen, das eine werde kreditfinanziert, das andere sei nicht kreditfinanziert. 20 % des Landeshaushalts seien kreditfinanziert.

Punkt 2 der Tagesordnung:**Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/18

(überwiesen am 27. April 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss)

Im Rahmen einer kurzen Aussprache kommen die Ausschussmitglieder überein, die fachlich vertiefte Diskussion zu dieser Thematik zunächst im primär zuständigen Bildungsausschuss zu führen und den Antrag der Fraktion der FDP erst nach Vorliegen einer Beschlussempfehlung des - durch Landtagsbeschluss so festgelegt - beteiligten Bildungsausschusses weiter zu beraten. Abg. Dr. Klug wird gebeten, seine hierzu noch bestehenden Fragen schriftlich vorzubringen und diese zunächst im Bildungsausschuss einer Beantwortung zuzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bundratsinitiative zur Änderung der Post-
Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV)**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/28

(überwiesen am 27. April 2005)

hierzu: Umdruck 16/41

Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Plenum des Landtages die Annahme des Antrages der Fraktion der FDP in der Fassung des Umdrucks 16/41 unter Berücksichtigung der folgenden Änderung im vorletzten Satz des dritten Absatzes dieses Umdrucks vorzuschlagen:

„In Gemeinden und Ämtern mit mehr als 2.000 Einwohnern muss eine stationäre Einrichtung der Post vorhanden sein.“

Punkt 4 der Tagesordnung:

Terminplanung

- Ausschusssitzungen
- Informationsreise

hierzu: Umdruck 16/16

- Ausschusssitzungen

Der Terminplan für die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses wird in der Fassung des Umdrucks 16/16 (neu) angenommen.

- Informationsreise

Einvernehmlich beschließen die Ausschussmitglieder - vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtagspräsidenten -, in der Zeit vom 24. bis 26. August 2005 eine Informationsreise nach Rotterdam durchzuführen. Thematischer Schwerpunkt der Reise sollen Fragen der Hafenentwicklung und Hafenwirtschaft sein. Die Reise soll mit dem Bus durchgeführt werden und den Betreibern der Häfen Kiel, Lübeck, Husum, Brunsbüttel, Flensburg und Hamburg soll die Teilnahme ebenso angeboten werden wie dem Wirtschaftsminister des Landes und dem Wirtschaftssenator der Freien und Hansestadt Hamburg. Darüber hinaus soll auch beim VSM angefragt werden, ob ein Vertreter dieses Verbandes an der Reise teilnehmen möchte.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf der Strecke
Hamburg-Westerland (Netz West)**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/12 (vertraulich)

**(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m.
§ 17 Abs. 2 GeschO vorgesehen)**

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V. m. § 17 Abs. 2 GeschO nicht öffentlich und vertraulich beraten worden (siehe den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 11:25 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer